

Große Anfrage der Fraktionen der CDU und der SPD**Gesellschaftliches Engagement von Jugendlichen im Land Bremen**

Die Resolutionen des Bremischen „Jugend im Parlament“ haben gezeigt, dass Jugendliche an der politischen und gesellschaftlichen Entwicklung des Landes Bremen interessiert sind und vielfältige eigene Vorstellungen und Forderungen dazu existieren. Die bevorstehenden Umsteuerungen im Bereich der Jugendarbeit werden diskutiert und mit eigenen Ideen begleitet.

Unabhängig vom Bereich der kommunalen Jugendarbeit bestehen für Jugendliche bereits jetzt vielfältige Möglichkeiten, um sich auf unterschiedlichen Ebenen gesellschaftlich zu engagieren. Nicht nur politisches Engagement spielt dabei eine Rolle, auch sozialer, ökologischer und ehrenamtlicher Einsatz. So erwerben Jugendliche soziale Kompetenzen, Wissen und Fähigkeiten, die nicht nur ihnen persönlich zugute kommen. Es entsteht ein Potenzial an Kompetenzen, dass für die Zukunft des Landes Bremen aktiviert werden kann.

Wir fragen den Senat:

1. Wie viele Jugendliche aus dem Land Bremen haben seit 1994 ein freiwilliges ökologisches oder soziales Jahr im Land Bremen abgeleistet? Welche Gruppen von Jugendlichen — differenziert nach Schulabschluss und Geschlecht — wurden erreicht?
2. Welche Motive führen nach Ansicht des Senats zu einer Entscheidung der Jugendlichen für ein freiwilliges soziales bzw. ökologisches Jahr?
3. Welche Möglichkeiten sieht der Senat, schon 16-jährigen Jugendlichen die Ableistung eines freiwilligen sozialen bzw. ökologischen Jahres zu ermöglichen, um Hauptschulabsolventen zukünftig besser einbeziehen zu können?
4. Welche Möglichkeiten, ein freiwilliges soziales bzw. ökologisches Jahr im europäischen Ausland abzuleisten, gibt es, und wie bewertet der Senat in diesem Zusammenhang die weitere Entwicklung?
5. Konnte für alle interessierten Jugendlichen die Ableistung eines freiwilligen ökologischen oder sozialen Jahres sichergestellt werden? Falls die Zahl der Interessenten die Zahl der zur Verfügung stehenden Plätze überschreitet, inwieweit will sich der Senat für eine Steigerung der Plätze engagieren?
6. In welcher Form und in welchem Umfang partizipiert das Land Bremen an dem EU-Aktionsprogramm „Jugend“ und anderen gemeinschaftswerten Aktionen wie „Eine Chance für die Jugend“? Wie informiert der Senat die Träger der Jugendhilfe, die Jugendverbände und Sportvereine über diese Programme?
7. Welche Möglichkeiten sieht der Senat, um die Jugendlichen bereits in der Schule über diese Angebote zu informieren?
8. Wie bewertet der Senat in diesem Zusammenhang das internetgestützte Jugendinformationssystem „www.jugendinfo.de“?

9. Welche Bedeutung misst der Senat der Jugendinformation bei, und wie gedenkt der Senat in welchem Zeitraum Jugendinformationsangebote in diesem Zusammenhang weiter zu entwickeln?

Silke Striezel,
Karl Uwe Oppermann, Eckhoff und Fraktion der CDU

Pietrzok, Böhrnsen und Fraktion der SPD